

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Kahlstellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonell-Zeile 60 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Weyh. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Hände weg!

Am 7. Januar hat in Berlin eine Konferenz derjenigen Gruppen der sozialdemokratischen Partei stattgefunden, die mit der Haltung der Fraktionsmehrheit nicht einverstanden sind. Wir würden diese Konferenz hier nicht erwähnen, wenn nicht eine der dort vertretenen Gruppen der Konferenz Richtlinien unterbreitet hätte, deren eine nach dem „Vorwärts“ folgendes fordert:

„Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften; Organisierung zu diesem Zweck der auf seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder und Schaffung eines speziellen Gewerkschaftsblattes.“

Aus dem offiziellen Bericht über die Konferenz ist nicht ersichtlich, ob und wie diese „Richtlinie“ dort behandelt und erledigt ist. Aber schon die Tatsache, daß eine Gruppe der sozialdemokratischen Partei solche Forderungen aufstellen kann, beweist einen auffallenden und bedauerlichen Mangel jenes Verantwortlichkeitsgefühls, ohne das Organisationen weder gebildet noch geleitet und Erfolge weder erstritten noch erhalten werden können.

Wir haben weitgehendes Verständnis für die Reibungen und Strömungen innerhalb der Partei und unterstellen gern jeder Gruppe die besten Absichten. Es liegt uns auch durchaus fern, schulmeisternd in den Streit einzugreifen und der einen oder der andern Gruppe zu sagen, was sie tun oder lassen soll. Gerade deshalb haben wir aber auch das Recht, zu fordern, daß die streitenden Brüder in der Partei sich im eigenen Hause raufen, wenn sie sich denn durchaus nicht vertragen können oder wollen. Die „Politik der Gewerkschaftsinstanzen“ geht die Gewerkschaftsmitglieder an, aber nicht die Partei! Dabei wollen wir zunächst die Frage ganz unerörtert lassen, ob nicht jenen Leuten, die sich als Gewerkschaftsreformer aufspielen, neben der erforderlichen Legitimation auch jedes Verständnis für die Aufgaben und die Tätigkeit der Gewerkschaften fehlt.

Im Zusammenhang mit den oben gekennzeichneten Bestrebungen ist auch das folgende Rundschreiben zu beachten, das in Berliner Gewerkschaftskreisen verbreitet wird.

B. G. I.

Es dürfte auch Ihnen nicht unbekannt geblieben sein, daß sich in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Genossen schon seit langer Zeit eine tiefgehende oppositionelle Stimmung bemerkbar macht. Sie ist in der Hauptsache auf die einseitige Stellungnahme zurückzuführen, welche die Generalkommission und die Zentralvorstände der Gewerkschaften in ihren Organen in dem jetzigen Meinungsstreit einzunehmen pflegen.

Um einmal festzustellen, wie weit die Unzufriedenheit gegenüber den Führern der Gewerkschaftsbewegung in den Massen der Arbeiterschaft sich geäußert hat, werden Sie ersucht, in Ihrem Orte bzw. Kreisführung mit alten bekannten Gewerkschaftlern zu nehmen, eventuell eine Sitzung abzuhalten, von welcher Sie wissen, daß sie auf dem Boden der Opposition stehen.

Es wird beabsichtigt, die oppositionellen Elemente einmal zusammenzuführen, um eventuell eine gemeinsame Aussprache darüber herbeizuführen. Deshalb ist es notwendig, recht bald die Adressen an den Unterzeichneten zu übermitteln.

Mit allen Gewerkschaften, die der Generalkommission angeschlossen sind, soll möglichst Fühlung gesucht werden, auch ist es wünschenswert, Gewerkschaftsfunktionäre (Vertrauensleute, Ortsverwaltungsmitglieder usw.) in erster Linie zu berücksichtigen.

Mit Parteigrüß

gez. Karl Kürbs,

Berlin SO 26, Rauchstr. 27 I.

Der „Vorwärts“ schreibt dazu: „Der unterzeichnete Arrangeur dieser neuesten Attacke gegen die Gewerkschaften ist in Berliner Gewerkschaftskreisen ein bisher völlig Unbekannter, der sein agitatorisches Licht bisher schamhaft unter den Scheffel gestellt hat.“

Uns ist der Unterzeichner nicht so ganz unbekannt. Wenn wir nicht sehr irren, handelt es sich um den früheren Geschäftsführer unserer Jahrestelle Halle, der Anfang 1915 seine Stellung aufgab und in Berlin Arbeit suchte und fand. Die Erfolge seiner Tätigkeit in Halle geben dem Kollegen Kürbs nicht die Berechtigung, sich als Reformator der Gewerkschaften aufzuspielen. Die allgemeine Beurteilung seines Wirkens sowohl wie seiner Fähigkeiten und Kräfte ist vielmehr so, daß Kürbs allen Anlaß zu einer ernstlichen Selbstprüfung hätte. Vielleicht würde diese ihn veranlassen, in Zukunft gewerkschaftliche Fragen nicht mehr mit der, sagen wir einmal Unbefangenheit zu behandeln, wie das in seinem Rundschreiben geschieht.

Kein vernünftiger Mensch wird bezweifeln oder gar bestreiten, daß es auch in den Gewerkschaften Meinungsverschiedenheiten gibt, daß insbesondere die Auffassungen darüber auseinandergehen, ob die Haltung und die Tätigkeit der Gewerkschaften während des Krieges zu jeder Zeit und in jedem Punkte unanfechtbar richtig waren. Es kann ja auch schlechterdings niemand erwarten, daß alle Maßnahmen der Gewerkschaftsleitungen ungeteilten Beifall oder auch nur schweigende Zustimmung bei allen Mitgliedern finden. Erwarten kann und muß man aber, daß alle, die Grund zur Mißstimmung und Kritik haben oder zu haben glauben, ihre Verbesserungsvorschläge da ansetzen, wo sie nützlich sind. Wer die Kritik aus dem Rahmen der Organisation hinausdrängt und in kleine Zirkel Gleichgesinnter verpflanzt, bekundet damit, daß er sich über die Tragweite seiner Handlung nicht klar ist oder mit seiner Kritik nicht bessern, sondern verwirren will.

Die Unternehmerverbände im Jahre 1914.

Das 13. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ enthält die Berichte über den Stand der Organisation der Unternehmer, der Angestellten und der Arbeiter vom Jahre 1914. Die Arbeiterorganisationen haben ihre Berichte längst veröffentlicht, wir beschränken uns deshalb auf die Besprechung der Unternehmerverbände.

Die Einwirkungen des Krieges auf die Entwicklung und die Tätigkeit der Unternehmerverbände haben in der vom Statistischen Amt angefertigten Arbeit besondere Berücksichtigung erfahren, wobei zu bemerken ist, daß allerdings nur die ersten fünf Monate des Krieges in Frage kommen.

Die Statistik unterscheidet vier verschiedene Gruppen. Die ersten drei Gruppen beschäftigen sich mehr mit wirtschaftspolitischen und der Regelung bestimmter geschäftlicher Fragen (Erzeugung, Absatz, Preisbildung). Die eigentlichen Unternehmerverbände, deren Hauptaufgabe in der Wahrung der besonderen Interessen der Unternehmer gegenüber den Arbeitern (Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse) besteht, bilden die vierte Gruppe. Eine genaue Scheidung freilich ist nicht durchführbar, weil die Aufgaben der einzelnen Verbände nicht immer genau umgrenzt sind, besonders aber auch deshalb nicht, weil die Berichte der Unternehmerverbände hierüber volle Aufklärung nicht bringen.

Die Zahl der Unternehmerverbände ist selbst im Jahre 1914 noch um einige gestiegen, von 3670 auf 3683. Dagegen ergibt sich für die Zahl der Mitglieder und der von ihnen beschäftigten Arbeiter ein Rückgang. Die Mitgliederzahl ging von 167 673 im Jahre 1913 auf 156 938 im Berichtsjahre zurück, die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 4 841 217 auf 4 281 477. Es wird jedoch ausdrücklich betont, daß sich daraus keine Schlüsse auf die Entwicklung der Unternehmerverbände unter dem Einfluß des Krieges ziehen lassen. Der Grund für den Rückgang liegt vielmehr in der besonders lückenhaften Berichterstattung. In der Tat ist durch den Krieg die Tendenz zur Organisationsbildung bei den Unternehmern sehr gestärkt, die Entwicklung der Kartelle begünstigt worden. Die Art des Aufbaues der Kriegslieferungsorganisation habe diesen auch die Fähigkeit gegeben, gleichzeitig als Organisation von Arbeitgebern aufzutreten. Soweit die Industrie mit Heeresaufträgen betraut worden ist, sei auch eine Organisation der Unternehmer erfolgt, sei es auf Veranlassung der Unternehmer selbst oder der Behörden. Die Lieferanten bzw. Hersteller von Heeresbedarfsartikeln mußten zu Verbänden zusammengefaßt werden, sofern nicht solche schon bestanden, schon, um ein Organ zu haben, an das die Unternehmer mit ihren Wünschen und Forderungen sich wenden könnten.

Der Krieg hat das Zusammenwirken von Arbeiter- und Unternehmerverbänden in hohem Maße gefördert. Bei Ausbruch des Krieges sei dies von größter Bedeutung für die Einschränkung der Arbeitslosigkeit gewesen. Einen neuen Einschlag habe das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern durch die Bildung von „Arbeitsgemeinschaften“ gefunden, die für eine ganze Reihe von Berufen zu bestimmten gemeinsamen Zwecken geschaffen worden sind.

Aus dem Tabellenwert sei folgendes mitgeteilt: Die meisten Unternehmer waren im Baugewerbe, nämlich rund 45 000, organisiert. In weitem Abstand folgt die Gast- und Schenkwirtschaft mit 13 000. Dann folgt mit annähernd gleich viel Mitgliedern die Metallverarbeitung (13 000), das Bekleidungs-gewerbe (12 000), die Landwirtschaft (9100), das Holzgewerbe (8600) usw. — Ein ganz anderes Bild und zweifellos einen besseren Maßstab für die Beurteilung der Bedeutung und der Kräfteverhältnisse, die dem einzelnen Verbände zugemessen ist, bieten die Zahlen der beschäftigten Arbeiter. Hier tritt die Metallverarbeitung mit 725 000 beschäftigten Arbeitern am meisten hervor. Es folgen Bergbau mit 642 000, Spinnstoffgewerbe mit rund 440 000 Arbeitern. Den ganz erheblichen Rückgang im Baugewerbe, 516 000 auf 197 000, erklärt der Bearbeiter zum größten Teil aus der lückenhaften Berichterstattung.

Für das Gebiet unsres Verbandes kommen in erster Linie die Arbeitgeberverbände der chemischen Industrie in Betracht. Solche waren vier vorhanden; nämlich ein Reichsverband und drei Ortsverbände. Für 1915 wird dazu noch ein Bezirksverband angeführt. Gleichzeitig ist jedoch die Zahl der Mitglieder der Arbeitgeberverbände von 103 auf 76 und die Zahl der von den Mitgliedern beschäftigten Arbeitskräfte von 24 467 auf 6480 gesunken. Dieser Rückgang ist jedoch nur scheinbar vorhanden. Es haben nämlich von den drei Ortsverbänden nur zwei über ihre Mitgliederzahl berichtet, und über die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat gar nur ein Ortsverband Angaben gemacht. Der eine Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, der sich über das ganze Reich erstreckt, ist der Arbeitgeberverband deutscher Bleifarbenfabrikanten mit dem Sitz in Mülheim a. d. R. Auch dieser Verband hat keine Mitteilungen über seine Mitgliederzahl oder über die Zahl der beschäftigten Arbeiter gemacht. Der eine Bezirksverband, der berichtet hat, zählte 16 Mitglieder, die zusammen 180 Arbeiter beschäftigten. Der eine Ortsverband, der nähere Angaben machte, hat 60 Mitglieder, die zusammen 6300 Arbeiter beschäftigten.

In der Papierindustrie waren 8 Reichsverbände, 7 Bezirksverbände und 33 Ortsverbände vorhanden, die zusammen

616 Mitglieder hatten, bei denen 3573 Arbeitskräfte beschäftigt waren. Für 1914 haben die Verbände dieser Industrie 1188 Mitglieder und 57 504 beschäftigte Arbeitskräfte gemein. Auch hier ist der Rückgang nur eine Folge lückenhafter Berichterstattung.

Für unsern Verband kommen aus dieser Gruppe übrigens nur die Arbeitgeberverbände der Papiererzeugung in Frage, nicht die der Papierverarbeitung. Im Bericht werden jedoch nur die Reichsverbände namentlich aufgeführt, so daß nur bei diesen zu erkennen ist, zu welcher Untergruppe sie gehören. Von den acht Reichsverbänden der Papierindustrie kommt danach für unsern Verband nur der Arbeitgeberverband der Papier- und Zellstofffabrikanten in Betracht. Er gibt an, 100 Mitglieder zu haben, macht jedoch keine Mitteilungen über die Zahl der beschäftigten Arbeiter.

Aus der Gruppe der Nahrungsmittelindustrie wäre der Verein der Konjervenindustriellen anzuführen, der 65 Mitglieder angibt, über die Arbeiterzahl sich jedoch auschweigt. Von den 59 Bezirks- und Ortsverbänden ist nicht festzustellen, wieviel davon auf unser Verbandsgebiet entfallen.

Aus der Industrie der Steine und Erden werden 119 Arbeitgeberverbände gemeldet. Davon machen aber nur 66 Angaben über ihre Mitgliederzahl und nur 46 über die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte. Auf diese lückenhafte Berichterstattung ist es auch wohl in der Hauptsache zurückzuführen, daß nur 3794 Mitglieder gegen 4621 im Vorjahr und 120 032 Arbeiter gegen 234 876 im Vorjahr angegeben werden. Von den 119 Verbänden dieser Gruppe sind 18 Reichsverbände, 57 Bezirksverbände und 44 Ortsverbände. Von den Reichsverbänden kommen für uns in Betracht:

	Sitz	Mitglieder	Arbeiterzahl
Zentralverband deutscher Zementfabrikanten	Düsseldorf	?	?
Verband deutscher Dachziegelfabrikanten	Berlin	60	?
Verband deutscher Tonindustrieller	Berlin	800	?
Arbeitgeberverband deutscher Tonrohrfabrikanten	Bitterfeld	?	?
Verband deutscher Kachelofenfabrikanten	Meißen i. S.	219	3300
Verband deutscher Zementware- und Kunststeinfabrikanten	Leipzig	600	?
Verband deutscher Portland-Zementfabrikanten	Kallberge	?	?

Unter den zahlreichen Bezirks-, Landes- und Ortsverbänden dieser Gruppe sind gewiß noch sehr viele, die für unser Verbandsgebiet in Frage kommen; es lassen sich jedoch darüber nähere Angaben nicht machen, weil diese, wie schon gesagt, nur summarisch geführt werden.

An der Hand des Fragebogenmaterials und mit Benutzung anderer Quellen wurde auch im Berichtsjahre versucht, den Zusammenschluß der Unternehmer zum Zwecke der Streikversicherung darzustellen. Aber auch hier wird über „lückenhafte“ Beantwortung der Fragebogen geklagt. Im übrigen mußte, da der Krieg die wirtschaftlichen Kämpfe zum Schweigen brachte, naturgemäß auch die Bedeutung der Streikversicherung in den Hintergrund rücken. Für das Berichtsjahr sind dem Statistischen Amt insgesamt 21 Streikversicherungsgesellschaften bekannt geworden gegen 19 im Jahre 1913. In erster Linie kommt die Zentrale der Deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung Berlin mit dem Charakter einer Rückversicherungsanstalt in Betracht. Daran reihen sich 11 rückversicherte Gesellschaften und 9 nicht rückversicherte Gesellschaften.

Nach den Erhebungen unterhielten 190 Unternehmerverbände eigene Arbeitsnachweise gegen 196 im Vorjahre; die Zahl der Nachweisstellen betrug 284 gegen 276. Ueber die Vermittlungstätigkeit lagen von 211 Unternehmer-nachweisen Angaben vor. Sie konnten während des Jahres 1914 959 472 Stellen besetzen gegen 1 288 793 im Vorjahre.

Ein besonderes Kapitel bilden diesmal die Kriegsunterstützungen der Unternehmerverbände. 54 Verbände, davon 10 Lokalverbände, 2 Verbandsbureaus und 17 Einzelunternehmen haben Erhebungen hierüber angestellt und darüber berichtet. Diese erstrecken sich aber auf das volle erste Kriegsjahr; es wird eine Unterstützungssumme von rund 152 Millionen Mark herausgerechnet. Ohne die Geschäftstätigkeit der Unternehmer verkleinern zu wollen, müssen wir doch den angeführten Zahlen mit einigem Zweifel begegnen. Es handelt sich um fortgehaltene Gefährten von Angestellten, um 6 a r e Unterstühtungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten und Arbeiter. Die Summen, die in „Form von Lohn-erhöhungen gewährt“ worden sind, ohne daß nach Lage der Sache eine „Lohnhöhung gerechtfertigt“ gewesen wäre, sind nach den Angaben der Unternehmerverbände, die die Umfrage seihändig vornahmen, nicht mit eingerechnet. In der Beurteilung über Lohn-erhöhungen, die „gerechtfertigt“ sind, dürften wir wesentlich andere Ansichten vertreten als die Unternehmer. Ebensovienig könnten wir alle den Angestellten fortgezählten Gefährten als Unterstühtungen buchen. Beachtenswert ist schließlich, was der Bearbeiter, Herr Dr. Kusch, zu diesem Punkt bemerkt. Er sagt:

„Unter Gegenüberstellung dieser Zahlen mit den seitens der Gewerkschaften für die Unterstützung ihrer Mitglieder aufgetragenen Summen hat sich eine Meinungsverschiedenheit darüber entwickelt,

von welcher Seite die größeren Leistungen auf diesem Gebiete vollbracht worden seien. Vom Standpunkt des Statistikers aus ist ein solcher Vergleich überhaupt nicht durchführbar, weil die Tragfähigkeit beider Teile außerordentlich verschieden beurteilt werden muß und ein Vergleichsmaßstab für die Aufwendungen beider Teile für die Zwecke der Kriegsunterstützungen fehlt.

Aus der Industrie

Dankeschuld und Ehrenpflicht der Ziegeleibesitzer.

In der Fachpresse der Ziegelindustrie wird die Frage der Arbeiterbeschaffung nach dem Kriege in Verbindung mit der Unterbringung der Kriegsbeschädigten sehr oft und eingehend behandelt. Wir haben ja wiederholt Proben davon gegeben, um zu zeigen, wie die Unternehmer die Zukunft einschätzen und die Zukunftsarbeit vorbereiten.

Neuerdings hat in der „Deutschen Zöpfer- und Zieglerzeitung“ Herr Rob. Conrad (Köln), feinerzeit beratender Ingenieur, zu dieser Frage das Wort genommen. Er spricht einleitend, wie das so üblich ist, von der „großen Dankeschuld“, die alle an die Kriegsbeschädigten abzutragen haben, und betont am Schluß seines Aufsatzes, es sei „für jeden Werksbesitzer, Fabrikdirektor und Werkletern“ eine Ehrenpflicht, Kriegsbeschädigte aufzunehmen, soweit dies nur möglich ist. Um nun recht v.e. Möglichkeiten für die Einstellung Kriegsbeschädigter zu schaffen, empfiehlt Conrad Verbesserung der technischen Einrichtungen der Betriebe. Er meint, die Ziegelindustrie müsse, „wie so viele andere Industriezweige, ihr Bestreben darauf richten, ihre Betriebe zu vereinfachen, die Arbeitsmaschinen und Hilfsapparate zu verbessern, um die Arbeit zu erleichtern und dadurch eine große Anzahl Kriegsunfähigen beschäftigen zu können“.

Um den Ziegeleibesitzern so weitgehende Umänderungen ihrer Betriebsrichtungen schmackhaft zu machen, verweist Conrad auf die wirtschaftlichen Vorteile solcher Verbesserungen im technischen Betrieb. „Durch Umänderungen veralteter Betriebsrichtungen, durch Verbesserung veralteter Maschinenbetriebe und Brennöfen u.m. können Hunderttausende, ja Millionen jährlich an Kraft- und Kohlenverschwendung erspart werden“, meint er. Aber nicht nur Material, sondern auch Arbeitskräfte will Conrad sparen. Er meint, die „Schaffung neuerlicher Betriebsmittel und verbesserter Betriebsrichtungen“ würde nicht nur Gelegenheit geben, mehr Kriegsbeschädigte zu beschäftigen, sondern es würde sich auch „die Zahl der bisher beschäftigten Arbeiter bedeutend verringern“. Diese Verringerung der Arbeiterzahl aber würde „die Erzeugung der Ware verbilligen und durch bessere Qualität würde auch ein besserer Preis erzielt werden können“. Das soll wohl heißen, die Unternehmer würden trotz sinkender Erzeugungskosten höhere Preise ansetzen können, weil infolge der verbesserten Betriebsrichtungen das Erzeugnis besser geworden ist. Eine solche Beweisführung verrät zwar ein überaus schäme Unkenntnis der Geetze der Preisbildung, sonst aber hat sie Hand und Fuß. Die Verbesserung der technischen Einrichtungen führt tatsächlich zur Verringerung der Arbeiterzahl und damit zu einer Verminderung der Erzeugungskosten. Es fragt sich nur, ob die Ziegeleibesitzer in der kapitalarmen Zeit nach dem Kriege tun können, was sie in der kapitalreichen Zeit vor dem Kriege nicht getan haben. Doch das ist eine Frage, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll.

Näher liegt die andre Frage, ob die Ausschaltung der gefundenen Arbeitskräfte durch Maschinen oder ihre Verdrängung durch Kriegsbeschädigte ein wirtschaftliches Ziel ist. Schließlich haben die Unternehmer auch gegen die gesund aus dem Feld heimkehrenden Arbeiter eine Dankeschuld abzutragen, und sie genügen auch nur einer Ehrenpflicht, wenn sie die gefundenen Arbeiter beschäftigen, „soweit das nur immer möglich ist“. Man sieht: der Vorstoß des Herrn Conrad hat auch seine zwei Seiten!

Nun fällt dieses Bedenken fort, sobald die Gewißheit besteht, daß die durch Maschinen ausgefallenen Arbeiter anderweit Arbeit und Lohn finden. Ob das der Fall sein wird, darüber gehen bekanntlich die Meinungen weit auseinander. Die einen

erhoffen nach dem Kriege lebhaftere Wirtschaftstätigkeit und damit starke Nachfrage nach Arbeitskräften, die andern befürchten das Gegenteil. Conrad nimmt zu den Urteilen über die Wirtschaftslage nach dem Kriege nicht näher Stellung. Er rechnet jedoch mit einem Arbeitermangel deshalb, weil nach dem Kriege seiner Meinung nach Deutschlands Industrie und Landwirtschaft mehr als bisher — wenn nicht ausschließlich — auf deutsche Arbeitskräfte angewiesen seien. Er rechnet den Kampf gegen ausländische Arbeitskräfte zu einem Teil des Wirtschaftskampfes, der dem Kriege folgt wird. Als Beweis dafür, daß ein solcher Kampf einsetzen wird, zitiert er folgende Neuzerung aus der englischen „Daily Graphic“ vom 17. Juli 1916:

„Die Schande, welche sich an den deutschen Namen heftet, wird ein vitaler Faktor sein, im Kampf auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft. Wer wird es wieder benutzt einen Menschen dieser Nationalität anstellen? Deutschland hat die Verbotsrolle erwählt: als Verbrecher wird sein Völl in Zukunft behandelt werden.“

Dem in diesen Sätzen geforderten Boykott der deutschen Arbeitskraft setzt Conrad die Parole entgegen: „Schuh der deutschen Arbeiter und Verzicht auf Anstellung von Arbeitskräften aus Feindesland für die Zukunft.“ In einigen Nebenätzen wird jedoch dieser scheinbar so klaren Parole die Unbedingtheit genommen. Es heißt da zum Beispiel, es müsse „jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht steigen, der darauf rechnet, nach dem Kriege Arbeitskräfte aus dem feindlichen Lager wieder zu beschäftigen“. Im Nachsatz aber heißt es vorsichtig, „bevor nicht alle unsere braven Kämpfer und Kriegsbeschädigten Anstellung und lohnende Beschäftigung gefunden haben“. Das ist ein Rückzug, maskiert mit einer Kanonade von starken Worten.

Dieser vorsichtige Rückzug ist aber durchaus erklärlich und geboten. Tatsächlich denkt das Unternehmertum gar nicht daran, auf ausländische Arbeitskräfte zu verzichten. Im Gegenteil, es werden Maßnahmen erzwungen, wie man nach dem Kriege Ausländer in größeren Mengen heranziehen kann. Nicht nur aus dem neutralen, sondern auch aus dem feindlichen Ausland. Und gerade die Ziegeleibesitzer tun sich dabei hervor. Wir erinnern nur daran, daß die süddeutschen Ziegeleibesitzer während des Krieges italienische Arbeiter, die sich im neutralen Ausland aufhalten, als Arbeitskräfte heranziehen wollten. Aus dem neutralen Ausland aber hat man jetzt was nur immer zu bekommen ist. Nach dem Kriege wird die Sehnucht nach den billigen und fleißigen Ausländern nicht geringer sein als vor dem Kriege, vor allem aber wird die Sehnucht nicht gestillt durch Moralpredigten und Dankbarkeitsbetreibungen.

Wenn also Herr Conrad für sein Urteil über die Gestaltung des Arbeitsmarktes in der Ziegelindustrie nach dem Kriege keine andre Unterlage hat als seine unmaßgebliche Meinung über die Ausschaltung der ausländischen Arbeitskräfte, so baut er auf sehr flüchtigen Grund. Das hindert uns nicht, seine guten Absichten anzuerkennen und seine Bestrebungen zu unterstützen, soweit sie die höhere Wertschätzung der einheimischen Arbeiter zum Ziel haben.

Einigung — Preiserhöhung.

Vor einigen Wochen (in Nr. 50, 1916 des „Proletariats“) berichteten wir über die Bestrebungen, die bestehenden Zementarbeitskräfte zu einem Gesamtarbeitsvertrag für das ganze Reich zu vereinigen. Damals waren noch erhebliche Hindernisse und Schwierigkeiten zu überwinden. Inzwischen sind manche davon beseitigt worden. Zwar ist die Einigung noch nicht perfekt, aber sie ist doch schon so weit gediehen, daß in den Kreisen der Interessenten mit ihrem Zustandekommen gerechnet wird.

Es ist nun bezweifelnd, daß schon vor der endgültigen Einigung eine allgemeine Erhöhung der Zementpreise beschlossene und teilweise schon durchgeführt ist. Der Rheinisch-Westfälische Zementverband erhöhte seine Preise vom 1. Januar 1917 an um 90 Mark pro Doppelwaggon, also um 9 Mark pro Tonne. Die Süddeutsche Zementvertriebsstelle hat eine Preiserhöhung in gleichem Umfange mit Wirkung vom 1. Januar an eintreten lassen. Begründet wird die neue Preisfestsetzung mit der „wesentlichen Verteuerung der Produktionskosten“. Außerdem wurde in der Sachverrechnung eine Neuordnung in der Art vorgenommen, daß in dem Verkaufspreis 1,20 Mk. für den Sach eingeschlossen ist, während bei Ablieferung 1 Mk. pro Stück zuzurechnen wird. Die differierenden 20 Pf. pro Sach dienen als Entgelt für Abnutzung, Reinigung usw. Bisher hatte das Sackpaar 75 Pf. betragen, und der gleiche Preis war auch bei der Ablieferung erfaßt worden, so daß also auch in der Sachverrechnung eine Preiserhöhung

in Kraft getreten ist. Die Norddeutschen Vereinigungen haben Preiserhöhungen in ähnlichem Umfange durchgeführt. Die Rheinisch-Westfälische Zementindustrie hat den Preis für die Zementwerke in der Gegend von Düsseldorf bis zum 31. März 1917; dann soll eine Neuregelung erfolgen. Die Zementfabrikanten und ihre Vereinigungen werden schon sorgen, daß die Neuregelung nicht nach unten, sondern nach oben „regelt“.

In welchem Ausmaß die Zementindustriellen ihre Preise in der Kriegszeit erhöht haben, zeigt folgender Uebersicht über die Preispolitik des Süddeutschen Zementverbandes. Dieser Verband legte die Preise für eine Tonne Zement im Dezember 1914 um 2 Mk., vom 1. Januar 1916 an um 4 Mk., vom 15. Mai 1916 an um weitere 3 Mk. und vom 1. Januar 1917 an um 9 Mk. hinauf. Insgesamt also seit Kriegsausbruch um 18 Mk. Das ist eine Preiserhöhung um etwa 75 Prozent! Wir bezweifeln, daß es der Arbeiterchaft der Zementindustrie gelungen ist, für sich eine ähnlich umfangreiche Erhöhung der Arbeitslöhne durchzusetzen. Und doch wird niemand bezweifeln oder bestreiten können, daß die Unterhaltkosten für den Arbeiterhaushalt, also die Produktionskosten der Ware Arbeitskraft, ganz ungeheuerlich gestiegen sind. Jedenfalls mehr gestiegen als die Produktionskosten für Zement.

Daß die Arbeiterchaft der Zementindustrie trotzdem mit ihren Lohnsteigerungen hinter den Preissteigerungen der Zementfabrikanten zurückbleibt, hat seine Ursache nicht zuletzt darin, daß die Arbeiter auch mit ihrer Organisation im Rückstand geblieben sind. Die Zementfabrikanten gehören fast ausnahmslos einer Organisation an — von den Arbeitern kann man das leider nicht sagen. Hoffentlich lernen diese von jenen!

Die Opfer der Industriellen.

In einem Artikel, betitelt: „Ausblick in das Jahr 1917“, schreibt die Redaktion des „Wochenblatts für Papierfabrikation“ auch folgenden Satz: „Von den schwereren Opfern, die fast alle Gesellschaftsklassen, namentlich aber unsere Industriellen, in der langen Zeit des Krieges gebracht haben und täglich noch bringen, sind nicht die kleinsten die der Fachpresse, besonders unseres Wochenblatts.“ Gewiß soll nicht geleugnet werden, daß alle Volksgenossen heute Opfer bringen müssen, doch kommt es vor allem darauf an, welcher Art diese Opfer sind und wie sie getragen werden können. Bei Betrachtung der heute vom Volke getragenen Opfer und bei der Schwere derselben für die einzelnen Gesellschaftsklassen, kommt man unwillkürlich zu der Ansicht, daß die Industriellen zu jener Gesellschaftsklasse gehören, die die während der Kriegszeit im Interesse des Vaterlandes gebrachten Opfer am leichtesten tragen können; man müßte denn gerade die Einbringung der erzielten Gewinne und Dividenden, die in der Kriegszeit eine geradezu fabelhafte Höhe erreicht haben, als eine besondere Kravatte ansehen, die die Industriellen auf sich nehmen.

Der jezt zur Kriegszeit getragene Anspruch: für Geld ist noch alles zu haben, entspricht nicht ganz seiner Berechtigung. Wenn man in den Lebensmitteleinzelheiten der Großstädte die angebotenen „ausländischen Waren“ zu ausserordentlich hohen Preisen sieht, so drängt sich unwillkürlich der Gedanke auf: Wer Geld genügt hat, der braucht noch keine Not zu leiden. Und Geld verdient der größte Teil der deutschen Industriellen während der Kriegszeit doch sicher mehr als je zuvor. Deshalb man im Gegenzug dazu die Lohnentnahmen der Arbeiter, so wird selbst der größte Arbeiter, und zugeben müssen, daß diese Löhne, mit wenigen Ausnahmen, nicht im entferntesten ausreichen, um eine Familie zu ernähren; zucht man dann noch die Lage der Kriegsjahren in Betracht, denen außer der mühsigen Kriegsarbeitsleistung meistens noch eine kleine Zulage der Arbeitgeber zur Unterhaltung der Familien zur Verfügung steht, dann dürfte es wirklich nicht schwer fallen, herauszufinden, welche Gesellschaftsklasse die schwersten Opfer während des Krieges zu tragen hat.

Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Kinder in Zellstoff-Fabriken.

Seit Jahrzehnten fordern die organisierten Papierarbeiter aller Staaten die Einführung des Dreischichtensystems für Schichtarbeiter, und den achtstündigen Arbeitstag für die übrigen Arbeiter. Mit Recht fordern sie weiter aus gesundheitlichen Gründen ein Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in Zellstoff-Fabriken, besonders aber in jenen Anwesen, in denen die Arbeiterchaft Säuredämpfen ausgesetzt ist. Die Zellstoff- und Papier-Fabrikanten aller Staaten haben sich bisher erwidert gegen diese Forderungen der organisierten Papierarbeiterchaft gestraut. Endlich ist es gelungen, durch eine Regierungserordnung den Anfang zur Regelung dieser Frage zu machen. Nach einer Mitteilung der „Papier-Journal“ erstreckt sich die Verordnung auf folgende Betriebsräume:

1. Kocher- und Kesselhäuser der Zellstoff-Fabriken,
 2. Säurehäuser der Sulfitzellstoff-Fabriken,
 3. Sodahäuser der Sulfitzellstoff-Fabriken.
- Für diese Betriebe erhält die Verordnung nachstehende Bestimmungen:
1. Einrichtung von Wasch- und Umkleieräumen, sowie Reinigungs-vorrichtungen,
 2. Achtstündens-Schichtwechsel,
 3. Verbot der Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern.
 4. Einrichtung von Bade- und Speisieräumen.

Weiter sollen die Arbeiter in Kesselhäusern mit automatischer Feuerung nicht unter diese Bestimmungen; doch dürfen diese Personen an der vier-

Unfallverhütungsmaßnahmen gegen Elektrizitätsgefahren.

I.

Unfälle durch Elektrizität traten bis jetzt in der Industrie für Elektrotechnik, in der Eisenindustrie und im Bergbau mehr in die Erscheinung als im Hausgewerbe und in der Landwirtschaft. Neben der Berufsgefahr für Elektrotechnik, die in den Jahren 1913/14 insgesamt 566 denartiger Unfälle einschloß, hatte die Knappheits-Berufsgefahr in bestimmten Jahren 132, und die Eisenindustrie 157, wovon bei der letzten Zahl allein auf die Haus- und Landwirtschaft Berufsgefahr 83 dieser Unfälle entfielen. Gegenüber den das gesamte Hausgewerbe (mit Einschluß der beschränkten Bauernkategorien) war 103 einschlägige Unfälle anzugeben. Bei den 63 Unfällen der Landwirtschaft darf aber nicht vergessen werden, daß die Betriebe des pflanzlichen Landes auch in größerer Maße der Gefahr der atmosphärischen Elektrizität durch Blitze, Brande usw. ausgesetzt sind. Aber inwieweit im Hausgewerbe und in der Landwirtschaft jungen diese neuen Unfälle erst an dem nur durch allgemeine und großzügige Maßnahmen mit Erfolg entgegenzuwirken werden kann.

Bei diesen Unfällen sind zu unterscheiden: Erstens die Gefahren der Berufsgefahr der Elektrotechnik, Maschinen, Apparatur, Flug- oder elektrischer Körper, Maschinen, Dynamos, Generatoren usw. zu wachen und zu bedienen haben; zweitens die Gefahren der Personen, die von elektrischen Einrichtungen mit einer begrenzten Kenntnis befragen und doch gespannt sind, mit elektrischen Anlagen oder Apparaten eine persönliche Tätigkeit auszuüben; drittens solcher Personen, die als „betriebsfremde“ mit elektrischen Anlagen usw. in Verbindung kommen oder Räume mit elektrischen Anlagen betreten müssen.

Der Schutzgegenstand und die Unfallverhütung haben also hier eine dreifache Aufgabe. Es fallen dafür Sorge tragen, daß bei der Anfertigung elektrischer Anlagen und Einrichtungen die Berufsgefahr durch sachverständige Anweisungen und Einrichtungen geschützt wird und daß die elektrischen Anlagen usw. denartiger Personengefährdung, daß sie nur alle durch in Verbindung kommenden Personen (Personen, Tiere usw.) die entsprechenden Schutzmaßnahmen sind gegen die Entladung von Potentialen und Spannung zu gewährleisten. Gerade jetzt muß werden durch die vom Reichsamt für Arbeitsschutz im Jahre 1915 herausgegebenen Vorschriften für Schutzmaßnahmen gegen elektrische Gefahren (Vorschriften für die Unfallverhütung bei der Beschäftigung mit elektrischen Anlagen usw.).

*) Der Fachmann der Elektrotechnik sind diese Vorschriften zur Kenntnisnahme zu empfehlen. Verlag: Julius Springer, Berlin W. 7, Preis 1 Mk.

Verbandes sind geteilt in Errichtungs- und Betriebsvorschriften und in die Anweisung zur ersten Hilfeleistung; sie umfassen 65 Paragraphen. Diese Vorschriften, die noch keine Gesetzeskraft erhalten haben, aber von den Behörden und den Arbeitgeberkreisen zum Anhalt genommen werden, gelten nur für Starkstromanlagen oder Teile davon, mit Ausnahme von im Erdboden verlegten Leitungen, elektrischen Straßen- oder Kleinbahnen, Fahrzeugen über Lage (Wagen usw.) und elektrochemischen Betriebsapparaten. Es ist notwendig, hieraus einige Erklärungen und wichtige Bestimmungen wiederzugeben.

Wiederholungsanlagen sind solche Starkstromanlagen, bei denen (im Sinne dieser Vorschriften) die tatsächliche Stromspannung zwischen irgendeiner Leitung und der Erde 250 Volt nicht überschreiten kann. Alle übrigen Starkstromanlagen gelten als Hochspannungsanlagen. Die Zahl der Volt ist also zur Erhöhung des Schutzes außerst niedrig gehalten, was sonst wohl aus technischen Gründen nicht der Fall wäre. Ferner ist ein Gegenstand, der entweder nicht entzündet werden kann oder nach Entzündung nicht von selbst weiterbrennt. Als feuergefährliche Betriebsräume und Lagerräume gelten Räume, in denen leicht entzündliche Gegenstände hergestellt, verarbeitet oder aufbewahrt werden, sowie solche, in denen sich betriebsmäßig entzündliche Gemische von Gasen, Dämpfen, Staub oder Fasern bilden können. Explosionsgefährlich sind Räume, in denen explosive Stoffe hergestellt, verarbeitet oder aufbewahrt werden oder leicht explosive Gase, Dämpfe oder Gemische solcher mit Luft sich explosionsfähig annehmen.

Wiederholungsanlagen sind ein Gegenstand, der bei der höchsten betriebsmäßig vorzunehmenden Temperatur keine den Gebrauch beeinträchtigende Veränderung erleidet. Ferner ist ein Gegenstand, der sich im Gebrauch nicht so verändert, daß er für die Benutzung ungeeignet wird. Als feuchte, durchströmte und ähnliche Räume gelten solche Betriebs- und Lagerräume gewerblicher und landwirtschaftlicher Anlagen, in denen erdungsunfähig durch Feuchtigkeit oder Verunreinigungen (besonders chemischer Natur) die dauernde Erhaltung normaler Isolation erforderlich oder der elektrische Widerstand des Körpers der darin beschäftigten Personen erheblich vermindert wird. Heiße Räume sind als durchströmte zu betrachten, wenn die darin beschäftigten Personen ähnlichen Einwirkungen (zum Beispiel starkem Schwitzen) ausgesetzt sind.

Die betriebsmäßige Bedienung von elektrischen Anlagen, Maschinen, Apparaturen usw. ist nur dann betriebsmäßig und betriebsmäßig zu betrachten, wenn die Spannung gegen Erde stehenden, nicht mit Isolierung bedeckten Teile müssen im Handbereich gegen zufällige Berührung geschützt sein. Dasselbe ist auch bei solchen Teilen der elektrischen Maschinen und Betriebsanlagen erforderlich. Bei Spannungen (Stromstärke) bis 40 Volt gegen Erde ist dieser Schutz in allgemeinen entbehrlich. Als Erdung gilt eine leitende Verbindung mit der Erde, die so angebracht ist, daß in der Umgebung des gefährlichen Gegenstandes sowie auch beim Standort der Personen eine den üblichen Verhältnissen ent-

sprechende ungefährliche und allmähliche Ableitung erzielt wird. Ungefährliche Zuleitungen dürfen nur auf Porzellanisolatoren oder gleichwertigen Isoliermaterialien verlegt werden. Hierzu werden in dem Bericht der Berufsgefahrstellen für Elektrotechnik für 1913 noch einige interessante Darlegungen gebracht. Es heißt da: „Porzellan, das seit vielen Jahren als das beste Isoliermaterial galt, hat seinen Ruf einbüßen müssen; einerseits ist die mechanische Festigkeit nicht immer groß genug, andererseits soll das Porzellan unter dem Einflusse von sehr hohen Spannungen und durch Erhitzungen molekulare Veränderungen erleiden. (Moleküle — die kleinsten Teile, in die ein Körper ohne Störung seiner chemischen Beschaffenheit geteilt werden kann. Molekulare Veränderungen = Veränderungen der zwischen den Molekülen wirkenden Kräfte.) Mit Rücksicht auf die mechanische Festigkeit müssen auch Porzellanisolatoren und -durchführungen für hohe Spannungen sehr große Dimensionen erhalten. Die Siemens-Schubert-Werke in Berlin haben deshalb die Verwendung eines Isoliermaterials „Mepelit“ für hohe Spannungen eingeführt. Dieses Material hat vor Porzellan den Vorzug wesentlich größerer Festigkeit.“

Abdeckungen, Schutzgitter usw. sollen der zu erwartenden Beanspruchung entsprechend mechanisch widerstandsfähig sein und zuverlässig befähigt werden. Bei Hochspannung müssen sowohl die blanken als auch die mit Isolierstoff bedeckten unter Spannung gegen Erde stehenden Teile durch ihre Lage, Anordnung oder besondere Schutzvorrichtungen der Berührung entzogen sein. Ebenso müssen alle nicht spannungsfähigen Metallteile, die Spannung annehmen können miteinander gut leitend verbunden und gut geerdet werden, wenn nicht durch andre Mittel die Gefährlichkeit vermieden oder unbedeutend gemacht wird. Bei Hochspannung sind die Körper elektrischer Maschinen so aufzustellen, daß die dadurch auftretenden Funkenerscheinungen keine Entzündung von brennbaren Stoffen der Umgebung hervorrufen und müssen mit einem gut isolierenden Bedienungsgange umgeben sein.

Elektrische Apparate sind so zu bemessen und müssen so gebaut und angeordnet sein, daß sie den stärksten normal vorkommenden Betriebsstrom annehmen können, so daß einer Verletzung von Personen durch Splitter, Funken, geschmolzenes Material oder Stromüberläufe bei ordnungsmäßigem Gebrauch vorgebeugt wird. Der Verwendungsbereich (Stromstärke, Spannung, Stromart usw.) muß, soweit es für die Benutzung notwendig ist, auf dem Apparat angegeben sein. Bei Schaltanlagen, die für verschiedene Stromarten (Gleich-, Wechselstrom usw.) bestimmt sind, sollen die Einrichtungen für jede Art auf getrennten und entsprechend bezeichneten Feldern angeordnet und deutlich gekennzeichnet sein. Die Bedeutung der Farben und Zeichen soll bekanntgegeben werden. Bei Hoch- und Niederspannung sind an gefährlichen Stellen Warnungstafeln mit Blitzen vorzulegen.

andernortsständigen Beschäftigung nicht länger als acht Stunden pro

Während die Verordnung über die achtstündige Arbeitszeit am 1. März 1917 in Kraft tritt, ist die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter

Mit Freunden begrüßen die Papier- und Zellstoffarbeiter diese Regierungsverordnung, trotzdem sie noch lange nicht alle Forderungen

Eine neue Unternehmerorganisation in der Tapetenindustrie.

Ein bekanntes Sprichwort lautet: Wenn zwei das selbe tun, so ist es doch nicht immer das selbe! Dieses Sprichwort trifft im vollen

gang anders liegt die Sache natürlich dann, wenn die Unternehmer mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen Organisationen ihren Abnehmern die

Ueber die Zahl der beigetretenen „freien Fabrikanten“, die so plötzlich ihre Freiheit ausgeworfen haben, ist noch ebenso wenig bekannt wie über die

Ein Pulverkönig.

Die glänzende Rentabilität der Sprengstoffindustrie in der Kriegszeit ist bekannt. Wir haben an dieser Stelle wiederholt darüber berichtet

In dem am Kriege beteiligten Ausland werden die Dinge kaum anders liegen als bei uns. Das auch die Sprengstoffindustrie des

Noch eine neue Unternehmerorganisation in der chemisch-technischen Industrie.

Wie die Tagespresse mitteilt, fand kürzlich in Berlin eine Versammlung von Angehörigen der chemisch-technischen Industrie

gangswirtschaft nach dem Kriege, ganz besonders aber um Einfluß auf die Gesetzgebung zu erlangen. Die Ver-

Eine staatliche Margarinefabrik.

Wie die „Zeitschrift für die Margarine-Industrie“ mitteilt, wird das österr.-ung. Kriegsministerium eine bedeutende Margarinefabrik in

Brand.

Am 6. Januar ist die Kaffeeuracafé-Fabrik von Etko u. von Döhren in Hamburg

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Invalidentrente bei Lazaretpflege.

Ein Kriegsteilnehmer erlitt am 27. Juli 1915 einen Kopfschlag und verlor

Das Reichsversicherungsamt verwarf die Revision und erbat den Anspruch auf die Invalidentrente auch für die Zeit der Lazaretpflege

Hilfsentgelt und Reichswochenhilfe.

IK. Der Deutsche Bund für Mutterchutz hat an den Bundesrat die Bitte gerichtet,

Die Begründung wird zunächst auf die außerordentlich günstige Wirkung der Reichswochenhilfe hingewiesen, der es zu verdanken ist, daß

Gewerkschaftliche Nachrichten.

25 Jahre Porzellanarbeiterverband.

Am 1. Januar d. J. konnte der Verband der Porzellanarbeiter auf ein 25jähriges Bestehen als Zentralverband zurückblicken. Sordern

ebenso die Arbeitszeit verkürzt wurde. Nach einer im Jahre 1904 aufgenommenen Lohnstatistik

20 Jahre „Gewerkschaft“.

„Die Gewerkschaft“, das Blatt des Verbandes der Gemeinde- und Saatsarbeiter,

Berichte aus ... Zahlstellen.

Düffeldorf. Für die Seifenfabrik der Großelms-Gesellschaft deutscher Konsumvereine

Schönebeck a. d. E. Unsere Jahresversammlung am 30. Dezember war nur mäßig besucht.

Aus dem Bericht geht hervor, daß die Zahlstelle auch im letzten Jahre finanziell nicht schlecht

Den Jahresbericht gab der Kollege Meilius; aus seinen Ausführungen ist folgendes hervorgehoben: Die Arbeit der Verwaltung

Trotz des Krieges war es auch in diesem Jahre möglich, für einen Teil unserer Mitglieder

Gleichfalls auf Anregung der Kollegen der Sprengstofffabrik wurde dieser Firma

Im November reichte die Gantleitung unseres Verbandes gemeinsam mit der des Metallarbeiterverbandes

Auf Vorschlag des Kollegen Senkeil wurde die alte Verwaltung auf ein weiteres Jahr

Als Erfolg ist zu buchen, daß die Arbeitslöhne erheblich gestiegen sind.

Übersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1916.

Table with columns for Gau, Zahlstellen, Mitgliederzahl, Zu- oder Abnahme, Arbeitslose Mitglieder, and various sub-categories of unemployed members.

Trotz erfolgter Wahnung haben die nachstehenden Zahlstellen die Karten nicht oder zu spät eingekandt:

- List of Gau numbers and names: a) gelbe Quartalkarten: Gau 1: Bramsche, Burgdorf, Ebstorf, Einbeck, Göttingen, Müden. Gau 2: Barby, Eimeroda, Duedlinburg, Schmiedebach. Gau 3: Kottbus, Jöten. Gau 4: Kottbus. Gau 5: Sireth. Gau 6: Bunsau, Haynau, Kattowitz, Mollmitz, Muslau, Neumarkt i. Schl., Wallmitz, Neumar. i. Schl. Gau 7: Borna, Mügeln b. Esch. Gau 8: Jülicha, Mühlhausen i. Th. Gau 9: Höttingendorf, Krosach, Weidenburg i. Bayern. Gau 10: Freyburg, Genzenba h. Gau 11: Freyburg, Krosach, Weidenburg i. Bayern, Krosach, Weidenburg i. Bayern, Krosach, Weidenburg i. Bayern. Gau 12: Ostersheim. Gau 13: Höttingendorf, Krosach, Weidenburg i. Bayern. Gau 14: Cleve, Euskirchen, Wülheim a. Rhein, Neuwied. Gau 15: Burg a. Fehmarn, Gütin.

Rundschau.

Die Kriegsziele der Entente.

Die zehn gegen Deutschland verbündeten Mächte haben dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ihre Antwort auf das Ersuchen um Befanntgabe der Friedensbedingungen überreicht. Darin schieben sie, wie auch in der Antwort auf das Friedensangebot der Mittelmächte, Deutschland und seinen Verbündeten die Schuld am Kriege zu. Dann versichern sie, es sei unmöglich, bereits heute einen Frieden zu erzielen, welcher ihnen (den Gegnern Deutschlands) die Wiedergutmachung, Rückerstattungen und Bürgschaften sichert, auf welche sie ein Recht haben. . . . Dieses „Recht“ wird dann wieder begründet mit dem Hinweis auf die Schuld der Mittelmächte. Kurz darauf folgt wiederum die Versicherung, daß die Alliierten „den Krieg in keiner Weise gewollt oder hervorgerufen“ haben, daß vielmehr die Mittelmächte die „verantwortlichen Urheber“ des Krieges seien. Schon der nächste Absatz wiederholt die diesmal als „historische Tatsache“ eingekleidete Versicherung, „der Angriffszweck Deutschlands und Oesterreich-Ungarns“ stehe „gegenwärtig fest“.

Den Zweck der gehäuften Unschuldbestreitungen zeigt die Fortsetzung der Antwort. Darin teilt nämlich die Entente ihre Kriegsziele mit. Diese sehen so aus:

Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, die ihnen geschädigten Entschädigungen, die Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien mit den gerechten Wiedergutmachungen, die Reorganisation Europas, Bürgschaft für ein dauerhaftes Regime, das sowohl auf die Achtung der Nationalität und die Rechte aller Völkern und großen Völker begründet ist, wie auf territoriale Abkommen und internationale Regelungen, welche geeignet sind, die Land- und Seegrenzen gegen ungerichtete Angriffe zu schützen, die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen ihrer Bevölkerung entzogen worden sind, die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerung, welche der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sind, und die Entfernung des osmanischen Reiches aus Europa, weil es zweifellos der westlichen Zivilisation fremd ist. Die Absichten Seiner Majestät des Kaisers bezüglich Polens sind klar und durch die Proklamation kundgegeben, welche er an seine Armeen gerichtet hat.

Wenn die Russen vor Berlin und die Franzosen in Hannover wären, könnten die Friedensbedingungen nicht wesentlich anders lauten. Das scheinen sich die Vertreter der Alliierten, die diese Bedingungen formuliert haben und verantwortlich müssen, auch zu sagen. Deshalb erklärten sie, daß sie einen Frieden, wie sie ihn erheben, „bereits heute“ noch nicht haben können. Das ist zweifellos richtig. Auf die jetzige Kriegslage lassen sich solche Kriegsziele wirklich nicht stützen. Aber die Alliierten hoffen auf die Zukunft. Jemandem wollen sie irgendwo entscheidend siegen und dann den Mittelmächten den Frieden diktieren. Das wollen sie. Ob sie das können, ist eine ganz andre Frage. Vorläufig steht es nicht danach aus.

Bei solchen Kriegsziele ist es verständlich, daß die Entente sich in der Rolle des Angegriffenen gefühlt und hochtrabend versichert, daß sie „nicht für ein selbstmüßiges Interesse, sondern zum Schutze der Unabhängigkeit der Völker, des Rechts der Menschheit kämpfen“. Denn wenn man so nackte Eroberungsgelüste nicht ein wenig mit den Forderungen der Gerechtigkeit behängt, wirken sie geradezu brutal auf die Neutralen und — vielleicht auch auf die eigenen Landesväter. Und das soll vermieden werden.

Die deutsche Regierung hat — vor dem Bekanntwerden der Ententantwort an Wilson — in einer Note an die Neutralen noch einmal die Gültigkeit des Friedensvorschlages der Mittelmächte betont. Nach dem Bekanntwerden der Note der Gegner an Wilson hat der Kaiser in einem Aufsatze zum weiteren Kämpfen und Ausdauer anzuhalten. Es scheint also, als ob zunächst alle Frieden in einer Verhandlung abgebrochen wären. Hoffentlich ist es nicht so!

Das Regierungsorgan über die Gewerkschaften.

Die „Korrespondenz“ bezieht in einem Artikel auf den Gesamtantrag der deutschen Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände des Reiches der Arbeiterfrage. Das Blatt schreibt u. a.: „Die besten Ergebnisse werden nur zu erzielen, wenn sie die wichtigsten und wichtigsten Gebiete hängen sich haben. Die deutschen Industriellen

Zum Heeresdienst eingezogene Kollegen, die zur Arbeit beurlaubt werden,

müssen unverzüglich (spätestens innerhalb 14 Tagen) bei der Zahlstelle wieder ihre Mitgliedschaft anmelden, wenn sie nicht ihre vor der Einziehung erworbenen Rechte an den Verband verlieren wollen.

Aus dem Heeresdienst entlassene Kollegen

müssen sich innerhalb 14 Tagen wieder als Mitglieder anmelden, andernfalls verlieren sie ihre alten Rechte und müssen als neue Mitglieder eintreten. Wer die Wiederanmeldung veräußert, hat bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. keinerlei Ansprüche an den Verband.

führen eine Arbeiterarmee, die am technischen Können, an Bildung und Geschäftlichkeit, wie an Pflichtbewußtsein und Vaterlandstreue die jedes andern Landes übertrifft. Die Größe ihres Schaffens soll und darf hinter dem, was die organisierenden Kräfte der Industrie geleistet haben, nicht zurückbleiben. Eine Umgestaltung größten Stils, wie wir sie vorgenommen haben, verlangt Arbeiter, die sich ganz neuen Aufgaben rüstig gewachsen zeigen; die Anspannung der Kräfte, die enorme Steigerung der Erzeugungsmenge, zu der wir gezwungen waren, und die wir vollbracht haben, fordert eine Hingabe, die nur ernstestes vaterländisches Pflichtgefühl dauernd aufzubringen vermag. Der Heeresdienst ist eine neue Probe auf dieses Pflichtgefühl. Er bringt Beschränkungen und Verzicht, an deren Möglichkeit noch vor wenigen Monaten niemand gedacht hat; er stellt die Arbeitskraft jedes einzelnen unter die Verfügungsgewalt der Allgemeinheit. Allein die deutsche Arbeiterklasse hat sofort und allgemein begriffen, daß diese neuen Opfer für das Vaterland und seine Zukunft nötig sind, und hat sie ohne Zögern frei und freudig auf sich genommen. Arbeiter- und Angestelltenverbände, die zusammen vier Millionen Arbeitnehmer vertreten, haben sich in diesen Tagen in Berlin versammelt, um ihren festen Willen zur Mitwirkung an der Durchführung der Heeresdienstpflicht zu bekunden und über die Form dieser Mitwirkung zu beraten. Sie sind damit nur folgerichtig auf dem Wege weitergegangen, den die deutsche Arbeiterklasse von Kriegsbeginn an eingeschlagen hat und von dem sie dann während der ganzen Jahre des Kampfes niemals abgewichen ist.“

„Patrioten“.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ brachte vor einiger Zeit folgendes Aufsatz:

Deutsche Vorkriegsgesellschaft wünscht sofort mit kapitalstärkenden, vornehm ungarischen Unternehmern als selbständige Arbeitergesellschaft in Verbindung zu treten. Patriotische, konkurrenzlose, mit höchstem Gewinn arbeitende Sache. Gefällige Abwesenheitskarte erbeten unter „H. 3019“ an Rudolf Hoffe, Berlin, Leipziger Straße 103.

Es ist doch eine schöne Sache um diese Sorte einträglichem Patriotismus. Gewo bezeichnen wie das obige ist ein andres Jünger, das in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zu lesen ist; es lautet:

Gemeinnützige Gesellschaft sucht für Zwecke der Wohnungsvorsorge für linderreiche Familien größeres Kapital gegen hypoth. Sicherh auf 5 bis 6 Jahre. Jährl Gewinn 60 bis 70 Proz. Angebote unter . . . an die Geschäftsstelle dieses Blattes in Dortmund erbeten.

Woh soziale Fürsorge mit 70 Prozent Profit. Schade, daß diese Art Menschentum anonym bleiben. Die Verantwortlichkeit hätte alle Urzucht, solche „Hochländer der Menschheit“ näher kennen zu lernen, um sich vor ihren Projekten zu hüten.

Verbandsnachrichten.

Gebundene „Proletarier“.

Vom Jahrgang 1916 des „Proletarier“ werden wieder eine Anzahl Exemplare auf besseres Papier gedruckt. Diese können vom Vorstand zum Preise von 7 Mk. für ein gebundenes Exemplar bezogen werden. Bestellungen sind bald einzureichen.

Von den Jahrgängen 1909 bis 1914 sind noch mehrere Bände vorrätig, die zu gleichem Preise abgegeben werden. Es ist allen größeren Zahlstellen zu empfehlen, einen Band anzufehen, da der „Proletarier“ immer mehr als dauerndes Nachschlagewerk für alle Verbandsfunktionäre anzusehen ist.

Geschäftsberichte.

Die Zahlstellen, die gedruckte oder sonst vielfältigste Geschäftsberichte herausgeben, werden dringend ersucht, dem Vorstand mindestens drei Exemplare des Berichts zu übersmitteln. Auch ersuchen die Gauleiter alle in Betracht kommenden Zahlstellen um Zusendung eines Berichts.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten!

Die Anzahl aller Unterstützungen, besonders der Erwerbslosenunterstützung, werden dringend gebeten, die Belege so deutlich als möglich zu schreiben, vor allem die Zahlen und Buchnummern genau zu beachten. Auf allen Belegen ist die neue, zur Zeit der Unterstüung gültige Mitgliedsnummer deutlich und richtig einzutragen. Diese neue Nummer darf nie vergessen oder mit der alten verwechselt werden. Die Aussteller der Bücher werden ersucht, auf den vollen Büchern oder Karten die Nummer des neuangelegten Buches aufzuschreiben. Dadurch wird der Zahlstelle das Ordnen und Nachsuchen, der Hauptstelle das Kontrollieren und Eintragen in die Kartothek wesentlich erleichtert, bei Verlust einer Mitgliederliste ein Nachweis oft erst ermöglicht. Die vollen Bücher und Karten sind mit den dazugehörigen Listen immer so schnell als möglich einzusenden.

Die Empfänger des „Proletarier“ wollen beachten, daß dieser Nummer ein

Inhaltsverzeichnis

für 1916 beigelegt ist. Jede Zahlstelle erhält mindestens ein Exemplar, größere erhalten einige mehr. Mitglieder, die das Verbandsorgan aufbewahren, können ein Inhaltsverzeichnis u m j o n s t durch die Zahlstellenleitung oder direkt durch die Expedition beziehen.

Vom 9. Januar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Ludwigshafen 2242,82. Landsberg a. d. W. 662,92. Stuttgart 605,87. Baugen 240,38. Grimma 256,02. Blankenburg a. S. 124,25. Ansbach 123,46. Strehla a. d. E. 109,98. Grünberg i. Schl. 101,06. Roditz 94,18. Althaldensleben 86,98. Badenburg 86,95. Ermsleben 76,35. Weierlingen 35,03. Langenlalka 34,40. Goslar 30,—. Pyramont 21,54. Zargau 14,95. Gelsenkirchen 7,54. Heilbrunn 1088,69. Bergedorf 439,70. Hirschberg i. Schl. 400,—. Erfurt 246,80. Voigenburg 111,79. Bülow 108,11. Stade 102,37. Miesbach 98,48. Schöningen 81,03. Al-Kropfenburg 80,25. Kempfen 74,66. Uweblinburg 67,38. Elytra 59,56. Annaberg i. Erzg. 49,60. Nieka 48,13. Büttel 45,88. Effen a. d. R. 44,31. Wernigerode 43,85. Preetz i. S. 33,29. Sommerfeld 38,—. Gießen 35,11. Langermünde 22,09. Medborj 20,63. Odesloe 19,69. Miesitz 19,59. Göttingen 18,60. Forstheim 17,70. Mühlenteb 12,70. Jaitrow 10,89. Bonn 7,80. Gethöf 5,18. Marienstein 3,16. Korbach 1,73. Chemnitz 1100. Zinnen 16 498,30. Mainz 709,25. Gadow i. R. 220,43. Ohrdruf 205,27. Rehbil 151,78. Schwarz 37,42. Gernsheim 36,05. röße 18,61. Strehlen i. Schl. 18,24. Gertebain —63. Dresden 3631,67. Braunshweig 1238,76. Schweinfurt 616,73. Effenberg (S.-A.) 557,91. Bemburg 1235,51. Münsiedel 315,71. Gethöf 214,25. Frankfurt a. d. O. 211,65. Barby 183,62. Halberstadt 152,82. Udermünde 73,26. Mühlheim a. d. R. 52,58. Fiddichow 31,—. Burgbach 4,03. Stuttgart 500,—. Harburg 2166,43. Halle a. d. S. 904,21. Thale a. S. 345,36. Gerabronn 105,79. Bodenwerder 83,67. Freimadon 27,63. Fürstenwalde 25,48. Rottfahnen (Th.) 21,19. Landshtut 16,96. Ebersdorf 11,62. Dessau 1033,01. Belten 681,43. Lauenburg a. d. E. 327,54. Rittau i. S. 313,60. Görtz 259,31. Hebenheim 237,52. Neumarkt (Opf.) 187,91. Rodach 101,20. Bries 62,34. Gerbach 42,19. Nordenham 40,95. Rauen 33,42. Regensburg 32,—. Langenöls 20,—. Udenstheib 9,66. Wallmitz 2,96.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

- Roswig (Anh.) 14,55. Strehla a. d. E. 5,50. Roffen 5,10. Wandenburg a. S. 4,—. Hüttenrode 2,80. Eiferweda 2,20. Mühlenteb —70. Strehlen i. Schl. —30. Görtz 15,—. Udenwalde 2,05.

Schluf: Montag, den 15. Januar, mittags 12 Uhr.

Jr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1916 haben eingekandt:

- Weißwasser i. Schl., Kempten, Alfeld, Ansbach, Oberörlau, Parchim, Glauchau, Lützen, Leipzig, Schweidnitz, Erfurt, Wobben, Neudamm, Goslar, Bülow, Badenburg, Blankenburg, Odesloe, Borne, Gelsenkirchen, Voigenburg, Hirschberg, Hanau, Ermsleben, Pyramont, Weierlingen, Langenlalka, Grotzsch, Althaldensleben, Leisnig, Baugen, Harburg, Strehla a. E., Wobben, Hennigsdorf, Landsberg, Frankfurt a. D., Herzberg, Elytra, Gmnd, Bergedorf, Nieka, Annaberg i. S., Mühlenteb, Gethöf, Fürstenberg, Marienstein, Mühlenteb, Jaitrow, Querbach i. S., Rehbil, Donnitzsch, Neu-Edemitz, Effen, Schwabach, Güttraw, Rottfahnen, Annaburg, Medborj, Hüttenrode, Wismar, Eisehe, Kassel, Klein-Kropfenburg, Dhrnd, Eiferweda, Wernigerode, Königslutter, Havelberg, Grünberg, Hartha, Forstheim, Bonn, Zargau, Göttingen, Angsbach, Gießen, Strehlen i. Schl., Ludwigshafen, Chemnitz, Effenberg (S.-A.), Gernsheim, Kaiserlautern, Bunsau, Korbach, Nieka, Sommerfeld, Schöningen, Grimma, Gethain, Großenhain, Münsiedel, Braunshweig, Hirschberg, Stuttgart, Gethöf, Halberstadt, Wernburg, Frankend, Barby, Bodenwerder, Fiddichow, Uweblinburg, Schöningen, Mühlenteb, Erbe, Udermünde, Burgbach, Ebersdorf, Görtz, Kattowitz, Wallmitz, Dessau, Meissen, Ballershausen, Fürstenwalde, Thale, Landshtut, Eizenach, Lauenburg a. E., Freimadon, Preetz, Haynau, Salzweibel, Sarrau, Plauen, Plauenischer Grund, Rittau, Arnsdorf, Rostock, Gerbach, Dieckfeld, Bries, Gadow, Langenöls, Rauscha, Burg b. R., Hebenheim, Neumarkt i. D.-Pfalz, Sonneberg, Rodach, Rauen.